

Redebeitrag:

TOP 15 der Kreistagssitzung vom 16. Dezember 2015

Grundlage für die Rede des Kreistagsabgeordneten der Partei DIE LINKE im Kreistag Schleswig-Flensburg, Manfred Küter, zum „Haushalt 2016 des Kreises Schleswig-Flensburg“. Für die Kreistagsrede selbst gilt, wie immer, das gesprochene Wort.

Haushalt 2016: Für mehr Investitionen und soziale Leistungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

DIE LINKE fordert mehr Investitionen durch den Kreis Schleswig-Flensburg im Jahr 2016, um die Situation niedriger Zinsen auszunutzen. Diese Möglichkeit wird nicht wahrgenommen.

Auch ist der Haushalt 2016 ein Haushalt ohne soziale Verantwortung. DIE LINKE wird deshalb den Haushalt 2016 in der jetzt vorgelegten Fassung ablehnen.

DIE LINKE stimmt dem Haushalt 2016 nicht zu, weil der Haushalt die sozialen Notwendigkeiten im Kreis nicht angemessen berücksichtigt und den finanziellen Spielraum, den der Kreis hat, nicht ausnutzt, um die Ausgaben im sozialen Bereich und bei freiwilligen Leistungen zu erhöhen.

DIE LINKE akzeptiert auch nicht, dass die Sparpolitik der „Schwarzen Null“ als alternativlos dargestellt wird und dass der Konsolidierungsvertrag mit dem Land Schleswig-Holstein der alleinige Orientierungspunkt bei der Ausgabenpolitik des Kreises ist. Dadurch werden sinnvolle und notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen nicht getätigt, nur um eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden.

Notwendige Maßnahmen werden auf unbestimmte Zeit verschoben und sind dann in den nächsten Jahren teurer zu bezahlen als im Jahr 2016, denn der Preisanstieg z. B. bei Baumaßnahmen ist erheblich höher als die zu zahlenden Zinsen von aufgenommenen Krediten.

Unverständlich ist auch, dass der Kreis Schleswig-Flensburg nicht einmal den Spielraum zur eigenen Vermögensbildung hinreichend nutzt, den selbst der Konsolidierungsvertrag zur Gestaltung der Kreispolitik gestattet. Investitionen im Sinne des Gemeindehaushaltsrechts sind grundsätzlich nicht Gegenstand der Konsolidierungsvereinbarung, können also unabhängig von dem Vertrag getätigt werden.

DIE LINKE fordert: Der Staat muss seine restriktive Haltung bei öffentlichen Investitionen aufgeben. Diese Anforderung gilt auch für den Kreis Schleswig-Flensburg. Rein formal kritisieren wir, dass die vollständige Beschlussvorlage für den Haushalt nicht rechtzeitig vorlag.

Ein weiterer Grund dafür, dass DIE LINKE diesem Haushalt nicht zustimmt, ist der, dass der Haushalt bei seiner Aufstellung nicht den eigenen Ansprüchen genügt: Es gab keine Verlässlichkeit in der Vorbereitung auf die Haushaltsdiskussion im Kreistag. Die Haushaltszahlen wurden bis zu Schluss kurzfristig geändert. In nicht nachvollziehbarer Weise wurden Kostenpositionen hin und her geschoben und verändert.

Von einer Jahresplanung kann nicht die Rede sein, denn die vom Landrat im Rahmen der Personalwirtschaft angeforderte und auch notwendige Stellen wurden nicht berücksichtigt. Die vom Landrat angeforderten Stellen sind nicht vollständig gegenfinanziert.

Meine Damen und Herren,
gestatten Sie mir noch ein paar Worte zur Personalplanung und damit zur Anforderung neuer Stellen durch den Landrat.

Personalplanung ist in jedem Unternehmen einer der wichtigsten Bestandteile von Unternehmensführung, denn ohne Menschen kann in keinem Betrieb die Arbeit erledigt werden. Geld arbeitet nicht. Es arbeiten nur die Menschen, die aber müssen erst einmal da sein, eingestellt werden.

Umso wichtiger ist es, dass man sich auch in einer Kreisverwaltung rechtzeitig Gedanken darüber macht, welches Personal in dem zu planenden Haushaltsjahr 2016 benötigt wird. Es muss auf die zu erwarteten oder prognostizierten Personalanforderungen vorher reagiert werden. Das hat der Landrat mit seiner Stellenplananforderung gemacht.

Der Landrat hat seine Wünsche dem Kreistag und seinen Ausschüssen rechtzeitig vorgelegt, weil er weiß, dass jede Einstellung einen langen Vorlauf hat. Es wird Zeit benötigt, die Menschen einstellen zu können, die mit ihrer guten Qualifikation auch den Arbeitsplatz richtig ausfüllen können. Planung ist auch in diesem Fall alles, denn Planung spart mittelfristig Geld.

DIE LINKE geht grundsätzlich davon aus, dass unser Landrat nur dann neue Stellen beantragt, wenn sie sachlich begründet und vom Arbeitsanfall her notwendig sind, um anfallende Arbeiten in kürzester Zeit so zu erledigen, dass sachgerecht entschieden wird und kein Arbeitsstau entsteht.

Diesen Vertrauensvorschuss hat der Landrat bei uns, denn bisher haben wir damit keine schlechten Erfahrungen gemacht. Der Landrat beantragt nur Stellen, die „unmittelbar und konkret“ benötigt werden. Das schafft für alle Klarheit darüber, welche Personalkosten auf den Kreis im Jahr 2016 zukommen.

Meine Damen und Herren,
jeder betriebswirtschaftlich denkende Mensch erkennt sofort, dass in der heutigen Zeit im Haushalt des Kreises keine „Schwarze Null“ zu erreichen ist.

DIE LINKE fordert deshalb den Kreistag auf, der Realität ins Auge zusehen und Abstand von der ideologisch geführten Schwarze-Null-Diskussion zu nehmen. Das ist eine Scheindiskussion, die davon ablenkt, dass der Kreis seine Aufgaben für die BürgerInnen in der heutigen Zeit nur dann erfüllen kann, wenn er Schulden akzeptiert.

Es ist Zeit, sich an den sachlichen Notwendigkeiten zu orientieren und gegen den Mainstream zu schwimmen.

Vielen Dank.
Manfred. Küter
16. Dezember 2015